



haben ihre Reihen in ganz ungeahnter Weise verstärkt; darunter sind Organisationen, die in Friedenszeiten trotz ihres großen Wertes für die Arbeiterbewegung nicht mehr als Nebenorganisationen im Gewerkschaftsbau zu betrachten sind. Diese Organisationen sind in einer revolutionären Zeit, wo die politische Arbeit die wichtigste ist, als ein mächtiges Mittel zu betrachten, das die Gewerkschaftsbewegung zu erklären und daraus die Hauptaufgabe zu ziehen vermag.

Ungewöhnlich nehmen heute viele Arbeiter und Arbeiterinnen den Weg zur Gewerkschaft durch die Partei im Schwange befindliche und lebhaft gesteigerte Sozialismus, die in dem freiesten Kooperationsrecht der Welt ihre starke Stütze findet. Die Leuerung äußert sich in immer mehr ausbreitender Weise, die automatische Folge sind erhöhte Lohnforderungen. Die Träger dieser Forderungen sind nach wie vor die Gewerkschaften und es ist erklärlich, daß sie aus diesen Gründen lebhaften Jutaus erhalten. Ginge kommt der heute vielfach verstärkte moralische Druck, der auf den indifferenten Teil der großen Masse ausgeübt wird durch überzeugte Anhänger der Gewerkschaftsbewegung und der keinen klaffenden Abgrund findet in dem bekannten Sprichwort: „Wißt du ernten, sie mit den andern“.

Es sind also durchaus natürliche Ursachen, die den Zuwachs der Gewerkschaften erklären. Selbstverständlich müssen wir dabei auch in Rechnung stellen das durch die Revolution errungene freie Vereinsigungs- und Versammlungsrecht, ferner die Tatsache, daß Maßregelungen der gewerkschaftlichen Tätigkeit wegen heute fast zu den Unmöglichkeiten zu rechnen sind und daß der Belenmermut heute weit niedriger als früher im Preise steht. Alle diese Umstände sind starke Förderer der Gewerkschaftsbewegung.

Es wäre jedoch falsch, wollte man diese realen, mächtigen Ursachen als Erklärung für den starken Jutaus zu den Gewerkschaften allein in Rechnung stellen. Wir müssen auch die ethischen, die überlebens Momente berücksichtigen, die dies erzwungene Ergebnis zeitigen, zumal sie es sind, die zu guter Zukunftshoffnung anregen. Wir sind der Meinung, daß die genannten Umstände den Jutaus zu den Gewerkschaften nicht allein erklären, sondern der durch die Revolution herbeigeführte Drang zu größerer Freiheit und Unabhängigkeit der Einzelpersonlichkeit. Der Arbeiter fühlt sich freier und sucht seinen Freiheitsdrang durch seinen Antritt an die Gewerkschaft praktisch zu betätigen. Er will durch Zusammenstoß mit seinen Gleichen zeigen, daß er nicht mehr das „gottgewollte Abhängigkeit“ sumpt hinnehmende Individuum ist, sondern daß er forderlich und stützlich nach Freiheit strebt und vor allem nach Freiheit in seinem Arbeitsverhältnis, dem er mit seiner ganzen Persönlichkeit am nächsten steht, weil er ihm täglich unterworfen ist.

Es ist eine neuerwachte Ueberzeugung, die sich in den tausendfachen Beitritten zur Gewerkschaft mit Sturmstufen äußert. In der Sturmzeit der Revolution, die Alles, Ueberlebens hinwegwehmet und neue freiheitliche Ueberzeugung schafft, wachsen auch die Gewerkschaften als die Träger des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiter ins Leben hinein und bereiten die Bahn zur freien Entwicklung des Einzelmenschen im Rahmen der organisierten Wirtschaftsmacht. Hier bewahrt sich wieder einmal in vollem Umfange an den Volksmassen das unsterbliche Gethewort: „Der gute Mensch in seinem dunnlen Dünne ist sich des rechten Weges wohl bewußt“.

Und der rechte Weg führt zur Gewerkschaft und durch die Gewerkschaft zur forderlichen, geistigen und fürlichen Unabhängigkeit des Einzelmenschen. Loren, die da vernehmen, daß die Gewerkschaft ist doch nur ein eitles Jagen nach einigen Pfennigen Mehrlohn bedeute! Die Gewerkschaft will allerdings auch fürperlich stark und gesunde Menschen schaffen, aber was ihr noch höher steht und ihr ganzes Jutausstreben ausmacht, das ist die Ermüdung des Einzelmenschen zur freien Persönlichkeit im Rahmen der Organisation, die alle Einzelkräfte in sich eine zur Erfassung des großen Zieles der Befreiung der Gesamtmasse aus den Fesseln ökonomischer Abhängigkeit. So ist die Gewerkschaft die Trägerin einer ganz natürlichen Entwicklung zu höherer Kultur und sozialer Menschlichkeit.

Von diesem Gesichtspunkte aus sollte sich jeder das starke Anwesen der Gewerkschaftsorganisationen zu erklären suchen. Dann muß er ganz naturgemäß zu dem Entschluß kommen, diese so hohen und edlen vorbereitende Bewegung mit ganzer Kraft zu fördern und unermüdet für die Ausbreitung der Gewerkschaften einzutreten. Jeder muß — in solchen Zeiten mehr denn je — für die gute Sache agieren und dafür sorgen, daß der „dunle Drang“ des guten Menschen sich zur vollkommener Entfaltung, zur Ueberzeugung entwickelt und der Gewerkschaft zeltliche Kämpfer zuzählt, die wiederum für ihr Ziel die weitere Ausbreitung der Gewerkschaften mit allen Kräften fördern.

Bedürfen wir also den Anhang zu den Gewerkschaften mit Freuden, vergessen wir aber auch nicht, die für die gute Sache Neugewonnenen zu zehrenden Kämpfern zu erziehen. Sagen wir alles daran, daß uns der Zuwachs nicht nur erhalten bleibt, sondern sich zur treibenden Kraft ausweicht für die Bewusstseins- und Selbstgemeinerung unserer Jutaus. Wir wollen Hohen und Gutes und betreiben dazu der gesamten Arbeiter- oder Einzelkräfte im starken einheitlichen Rahmen der Gewerkschaftsorganisation!

### Ein Sozialisierungsvorschlag für die Seifenindustrie.

Der Seifenfabrikant, Zeitungs für Seifen, Kerzen u. Parfümerie-Fabrikation sowie verarbeitete Holzgewerbe, bringt in seiner Nr. 2321 vom 11. Juni 1919 eine Abhandlung über die Seifenindustrie. Er betont den lebhaften Wunsch der Seifenfabrikanten, aus der gegenwärtigen Zwangsverhältnisse herauszukommen. Die Beteiligten seien sich aber auch klar, daß eine absolute freie Wirtschaft weder möglich noch wünschenswert ist, indem mit Rücksicht auf unsere Salina. Einen Zusammenhang innerhalb der Industrie — auch der anderen Industrie — gibt er für unerschwinglich an, nur würde dieser Zusammenhang dem einzelnen ermöglicht die Freiheit gestalten. Der Entwurf der Rohprodukte des Seifen- und Kerzenwesens durch eine zentrale Stelle soll wesentlicher. Gerade das Industrie ist ein einziger Dünne. Vor allem soll bei der zentralen Stelle der Zusammenhang der Charakter einer kapitalistischen Gesellschaft, wie ihn jetzt der Kapitalismus sowohl wie die Seifen- und Kerzenindustrie besitzt, in Zukunft wegfallen. Das es die Stelle dieser beiden Gesellschaften kommen soll, dürfen wir erwarten und Jutausstreben sein.

Der Plan weist uns bestimmte Vorschläge über die angeführte zentrale Organisation wie folgt:

- 1. Die gesamte Industrie der Seife und Kerzen bildet einen Verband; wir nennen ihn, da er das oberste Organ sein soll, Dachverband, mit ungefähr folgender Bestimmung:
- Der Dachverband führt den gesamten Komplex der Seife- und Kerzenindustrie einheitlich zusammen.
- Er regelt die Einheit im Gesamtbereich dieser Industrie und kontrolliert die Jutausstreben.
- Er erteilt die Genehmigungen der zur Betätigung stehenden Gewerkschaften unter die verarbeitenden Industrie. Sein oberstes Organ bildet die zentrale Organisation, der je zur Hälfte aus Arbeitnehmern und Arbeitgeber zu sammelt, und dem Mitglieder aller verarbeitenden Industrie angehören.
- Siehe auch: Die Gewerkschaften sind unabhängige Bezirke.
- Die verarbeitenden Industrie der ganzen Seife- und Kerzenindustrie, also Seifen-, Kerzen- und Parfümerie-, Seifen-, Kerzen- und Parfümerie-, bilden ihrerseits je wieder Dachverbände, denen der Dachverband die Aufsicht-Kontrollfunktion zuerzählt.
- Der Dachverband der Seifenindustrie wird ebenfalls des kapitalistischen Charakters entledigt, den die jetzige S. G. B. hat. Sein Jutausstreben wird ausschließlich festlich zusammen je zur Hälfte aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern.
- Bei entsprechenden Fragen werden Seifen- und Kerzen der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände angegeben.
- Siehe auch: Die Gewerkschaften sind ebenfalls Bezirke.
- Die Gewerkschaften der Seifenindustrie sind ebenfalls Bezirke.
- Die Gewerkschaften der Seifenindustrie sind ebenfalls Bezirke.

die auf ihn treffende Menge Jutausstreben, auf dem andern die ihn treffende Menge Jutausstreben bemerkt ist.

- 1. Den Einkauf dieser Mengen kann er nun beliebig tätigen, entweder bei Großhändlern oder bei den Erzeugern selbst.
- 2. Festlegung der von der Seifen-, Kerzen- und Seifenpulverindustrie herzustellenden Normalprodukte und Spezialprodukte. Es wird nicht zu umgehen sein, daß für den Konsum der großen Menge der Verbraucher die Herstellung von Normalprodukten (z. B. Kernseife mit 60 Prozent, Schmierseife 40 Prozent, Kernseife mit 75 Prozent, Seifenpulver mit 20 Prozent Fettgehalt) in entsprechenden Mengen für jede Seifenfabrik vorgeschrieben wird. Da in der Seifenindustrie auf lange hinaus an Stelle der früheren Ueberproduktion ein Markt in der Herstellung treten wird, liegt die Gefahr nahe, daß die meisten Hersteller sich auf die Herstellung von Spezialitäten werfen werden, die zu höheren Preisen sich verkaufen. Der kleine Verbraucher muß aber hier vor geschützt werden, und so dürfte es nicht zu umgehen sein, daß jedem Seifenfabrikanten vorgeschrieben wird, wieviel er jeden Monat von dem ihm zugewiesenen Fett in Normalprodukten herzustellen hat. Gestatten wird man es aber müssen, daß Fabriken, die lauter Normalprodukte herzustellen wünschen, mit andern, denen die Herstellung von Spezialitäten lieber ist, tauschen, oder daß Fabriken, die gar nichts herzustellen wünschen, sowohl ihre Fettquoten als auch ihre Normal- und Spezialproduktionsquoten an andere Hersteller abgeben.
- 3. Festlegung von Höchstpreisen für die Normalprodukte. Dies wird wohl vom Ueberwachungsausschuß monatlich oder vierteljährlich zu geschähen haben. Zu umgehen ist diese Festlegung nicht; denn sonst wäre zu befürchten, daß die Normalprodukte vielfach zu Bucherpreisen verkauft werden. Wir müssen immer berücksichtigen, daß wir in Zukunft eine Unterproduktion gegenüber der Ueberproduktion vor dem Kriege haben werden.
- 4. Vermittlung des Austausches oder Verkaufs von Quoten innerhalb des Kreises der Gesellschaft.

Wie oben erwähnt, wird es wohl vielfach vorkommen, daß Gesellschaften, deren Quote zu klein ist, oder die einen andern Grund haben, nicht mehr selbst herzustellen, sondern ihre Quote an andern Gesellschaften übertragen wollen. Andre werden nur Normal-, andre nur Spezialprodukte herzustellen wünschen. Dem Austausch aller dieser Interessen soll die Gesellschaft dienen.

5. Kontrolle der Betriebe bezüglich Herstellung und Einhaltung der vorgeschriebenen Preise der Normalprodukte, Einhaltung der Arbeitsbedingungen und Aufstellung der Bilanzen.

Diese beiden letzten Punkte leiten schon zu den sozialen Aufgaben des Dachverbandes über; denn es kommt ihm noch folgendes zu:

- 6. Festlegung der Arbeitslöhne, Gehälter, Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit innerhalb der gesamten Seifenindustrie, also Aufstellung der Tarifverträge.
- 7. Verteilung des in der Seifenindustrie auf die Gesamtheit der Arbeiter und Angestellten fallenden Gewinnanteils.

Diese beiden letzten Punkte enthalten die in der Seifenindustrie mögliche Sozialisierung und verlangen folgende Vorschriften für die einzelnen Betriebe:

- a) Jeder Betrieb mit mehr als 10 Arbeitern und Angestellten bildet einen Betriebsrat, der mit den Betriebsleitern zusammen in regelmäßigen Sitzungen über die wichtigsten geschäftlichen Angelegenheiten, insbesondere Anstellung und Entlassung, zu beraten hat. Nähere Vorschriften hierüber werden in ähnlicher demnachst durch Reichsgesetz erlassen.
- b) Jeder Betrieb hat sein eigenes Betriebskapital (also Betriebsmittel, Anstalten usw.) von seinem nicht im Betrieb arbeitenden Privatvermögen zu trennen und den genauen Betrag dieses Betriebskapitals festzustellen. Nur dieses Betriebskapital ist dem Betrieb zur Verfügung zu stellen und bekommt eine hypothermische Beizung, die bei der Bilanz unter Anstalten zu verzeichnen ist.
- c) Die Bilanz ist streng nach den Grundsätzen der Aktiengesellschaft aufzustellen. Der nach Abzug sämtlicher Unkosten, Steuern und Abschreibungen verbleibende Gewinn wird wie folgt verteilt:

Die Hälfte bekommt die Gesamtheit der Arbeiter und Angestellten nach Maßgabe ihrer Lohnhöhe. Hierbei zählen die im Betrieb arbeitenden Geschäftsführer ebenfalls mit, da sie sich für ihre Arbeit ein bestimmtes Gehalt ausbezahlen haben. Dieser Betrag wird aber nicht in jedem Betrieb getrennt ausbezahlt, sondern die so entfallenden Beträge stehen dem Dachverband zur Verfügung, der sie innerhalb der gesamten Seifenindustrie an die Arbeiter- und Angestellten verteilt. Hierdurch wird vermieden, daß einzelne, weniger gut arbeitende Betriebe geringeren Jutaus von Arbeitsträgern oder sogar Abwanderungen ihrer alten Arbeiter hätten, während bei andern, besser rentierenden zu großer Jutaus stattfände.

Von der andern Hälfte des Reingewinns erhält zunächst das Kapital 60 Prozent, — 30 Prozent des ganzen Gewinns, als Dividende.

Die verbleibenden 20 Prozent können, falls sich Betriebsrat und Geschäftsführer dahin einigen, zu Sonderabschreibungen, Sonderreserven, Neuanfassungen und dergleichen verwendet werden. Einigen sie sich hierüber nicht, so erhält je die Hälfte, also 10 Prozent des Reingewinns, das Kapital und die Arbeiterschaft.

d) Die Kleinbetriebe und handwerksmäßigen Betriebe, angeführt von fünf Arbeitern und Angestellten an abwärts, fallen nicht unter diese Bestimmungen; doch wird auch ihnen auferlegt, ihren Angestellten eine angemessene Gewinnbeteiligung zu gewähren.

Herr Dr. ... die Unternehmer würden trotz der Beteiligung der Arbeiter am Gewinn noch ihr volles Interesse am Betrieb behalten, da sie immer noch das Betreiben hätten, möglichst viel aus dem Betriebe herauszuschöpfen. Der Verfasser schlägt mit dem Wunsche, die Seifenindustrie soll einmal vorangehen. Er solle ein Beispiel aufstellen, das man in demnächstiger Weise sozialisieren kann.

Der Entwurf entspricht dem englischen Programm für die Jutausstreben der Arbeiter und Unternehmer in der Industrie, welches wir in der Nr. 25 des „Proletariats“ unter der Überschrift „Gewinnbeteiligung in der englischen Industrie“ veröffentlicht haben. Der Zweck des jetzt werden Entgegenkommens hier wie dort dürfte sein, eine Vollsozialisierung zu umgehen, resp. sie hinauszuwischen. Der absolute Widerspruch gegen die absolute Sozialisierung scheint also bei den weitverbreiteten Unternehmern einem Nachgeben resp. einem zeitigen Ausweichen Platz zu machen. Ein Verzicht dem Problem die Gistföhne anzugehen und ihn die besten Seiten abzugewinnen.

Wie und inwieweit die Sozialisierung vor sich gehen wird, hängt von der Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ab, die zu bestimmen nicht in unserer Hand allein liegt. Wir sind abhängig von der Entsch. Auch die Entwicklung der internationalen Situation wird dafür mitentscheidend sein. In so unsicheren Zeiten, wie wir sie gegenwärtig durchleben, ist schwer zu disponieren. Erst wenn feste geordnete Verhältnisse auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet eingetreten sind, kann auch das Sozialisierungsproblem herzhäfter angefaßt werden.

„Schlammfabrik“ in der „Vierteljahrsschrift für gerichtliche Medizin und öffentliches Sanitätswesen“ (1919, Nr. 1). Seit 1878 hat sich in der Seifenindustrie ein von Thomas eingeführtes neues Verfahren zur Verfeinerung des Eisens von Phosphor abgetrennt. Hierbei bildet sich die sogenannte Thomaschlacke, die besonders gefährlich bei ihrer weiteren Verarbeitung wird. Die Thomaschlacke ist ein wertvolles Düngemittel, kann aber nur in gepulvertem Zustande Verwendung finden. Und dieser Verarbeitungsprozess ist besonders gefährlich für die Gesundheit und vor allem für die Lungen. So erkrankten zu Beginn dieser Industrie 1886 unter 100 Arbeitern innerhalb eines Jahres 63 Prozent an Lungenentzündung; es starben 28 Prozent und es kamen 53,4 Prozent Erkrankungen an Atmungsorganen vor. Durch die hygienische Ausgestaltung des Arbeitsprozesses entstand ein wesentlicher Rückgang der Erkrankungen. So beträgt die Sterblichkeit an Lungenentzündung seit 1900 nur noch die Hälfte der vor 1900 beobachteten Fälle. Ebenso ist die Abnahme der Erkrankungen der Atmungsorgane von 53,4 auf 30,8 Prozent ein deutlicher Fortschritt. Es wäre allerdings 20 Jahre, bis diese Erfolge zeitigen konnten. Immerhin sind auch diese Zahlen noch sehr hoch, wenn man sie mit den Verhältnissen in andern Berufen vergleicht. Nach der Statistik der Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Orstränkentrass in Leipzig kamen in dem höchst beteiligten Betriebe, der Zuckerraffinerie, noch nicht halb soviel Erkrankungen der Atmungsorgane vor, als in Thomaschlackenbetrieben, und es starben hier infolge von Lungenentzündung zwanzigmal soviel Arbeiter als bei den andern Berufen im Durchschnitt. Daß diese Verhältnisse nicht notwendig sind, und daß darum selbst unter den scheinbar schwierigsten Verhältnissen auch in andern Berufen gesundheitliche Verbesserungen vorgenommen werden können, zeigt uns ein Vergleich der einzelnen Thomaschlackenbetriebe untereinander. Es besteht da ein großer Unterschied in der Zahl der Erkrankungen und Todesfälle. Besonders ist dies auf die Vollkommenheit der Staubbekämpfungsanlagen in den einzelnen Betrieben zurückzuführen. Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten betweisen, wie durch Verbesserung der Anlagen die Zahl der Erkrankungen sinkt. So kamen in einem Betriebe in den beiden Jahren vor dem Umbau 44 und 42 Prozent, nach dem Umbau aber nur noch 16 und 6 Prozent Erkrankungen der Atmungsorgane vor. Das ist ein lehrreiches Beispiel für alle werktätigen Berufe. Durchgreifende Besserung ist aber erst möglich, wenn ein anderes Prinzip das wirtschaftliche Leben beherrscht, wenn es steht unter dem Zeichen der Menschenökonomie. Und die ist erst nach der Sozialisierung des Wirtschaftslebens möglich.

### Die englische Zündholzindustrie.

Bier der größten englischen Zündholzfabriken haben sich zu einer Gesellschaft zusammengeschlossen, die als Maguire, Paterson and Palmer Ltd. firmiert. Die Londoner Blätter bezeichnen diese Fusion als den ersten Schritt zur Abwehr der ausländischen Konkurrenz in England und als einen weiteren Schritt, um wieder einen Teil des Weltmarktes zu erobern. Die neue Gesellschaft wird in Liverpool eine große Fabrik errichten, in der vorläufig 2500 Arbeiter beschäftigt werden sollen. An der Spitze des neuen Unternehmens steht Sir G. Maguire. Als es für England im Laufe des Krieges immer mehr unmöglich wurde, sich mit Holz für die Zündholzfabrikation aus Rußland zu versorgen, machte er, wie die englischen Zeitungen erzählen, eine Reise um die Welt, um eine neue geeignete Quelle für den Bezug des Holzes aufzufinden. Er fand diese in Japan, von wo die neue Gesellschaft denn auch das für die Fabrikation erforderliche Holz beziehen wird.

### Papier-Industrie

#### Der Siegeszug des achtstündigen Arbeitstages in der Papierindustrie.

Die Verordnung der ersten sozialistischen Regierung in Deutschland über die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit vom 1. Januar 1919 an hat auch weit über Deutschlands Grenzen hinaus bahnbrechend gewirkt. Nicht etwa, daß Deutschlands den Ruf für sich beanspruchten konnte, als erster Staat die achtstündige Arbeitszeit gesetzlich geregelt zu haben. Mit der gesetzlichen Regelung war Rußland bereits vorgegangen, in den skandinavischen Staaten hatten während des Weltkrieges Erhebungen und Ermüdungen in diesem Sinne stattgefunden, und in England und Amerika war es unsern Kollegen mit Hilfe ihrer gut ausgebauten Gewerkschaftsorganisationen schon vor Ausbruch des Weltkrieges gelungen, in einigen Betrieben den Achtfundentag durchzusetzen. Trotzdem vermochte die internationale Arbeiterkraft das Prinzip des Achtfundentages nicht restlos zur Durchführung zu bringen. Die Kapitalisten des Auslandes befürchteten die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt, wenn das deutsche Unternehmen nach wie vor seine Arbeiterschaft täglich 10 bis 12 Stunden und selbst 24 Stunden in Beschäftigung beschäftigte. Selbst nach der Einführung des Achtfundentages in Rußland konnten sich die Kapitalisten aller Länder mit dem Gedanken nicht befremden, auch in ihren Staaten die Forderung der achtstündigen täglichen Arbeitszeit anzuerkennen. In Deutschland, Frankreich, England und in den verschiedenen andern Industriestaaten verhängten die Unternehmer die Maßnahmen der russischen Revolutionsregierung über die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Mit zynischem Spott verkündeten sie das nahe Ende der russischen Maßnahmen und erklärten rundweg die internationale Einführung des achtstündigen Arbeitstages für eine Utopie der Arbeiterklasse.

Diese Verkürzung der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in Rußland konnten sich die Weltkapitalisten weihen: war doch die Industrie Rußlands in dem großen internationalen Weltkriege des Kapitals nur von unergorblicher Bedeutung. Das große russische Reich mit seiner großen Agrarwirtschaft und seiner noch schwach entwickelten Industrie, die sich dabei noch vorwiegend in den kapitalistischen Klauen der übrigen europäischen Industrien befand, galt dem internationalen Kapital in erster Linie als Abfallgebiet ihrer Industrieprodukte. Dazu kam der schwache Glaube der internationalen Kapitalisten und Börsenjobber an den Fortbestand der russischen sozialistischen Republik. Wahrscheinlich würde auch die russische Industrie selbst unter der Obhut des Staates die Durchführung des achtstündigen Arbeitstages nicht ausgehalten haben, wenn derselbe nicht auch in den übrigen und besonders in den industriell entwickelten Staaten Europas zum Durchbruch gekommen wäre. Daraus erklärt sich vielleicht auch, warum sehr schwache Ansturm der organisierten Arbeiterkraft in den übrigen Staaten nach der Einführung des Achtfundentages in Rußland. Abgesehen von der Berner Konferenz, auf der die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft aller Länder neben sonstigen sozialen Maßnahmen zum Schutze der Arbeiterkraft auch wiederholt die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit forderten, machten sie bis zum Ausbruch der deutschen Revolution in den einzelnen Staaten nur vereinzelte Kämpfe der Arbeiter zur Erringung des Achtfundentages geltend.

Nach Ausbruch der Revolution in Deutschland, die den deutschen Arbeiter mit einem Schlag den gesetzlichen Achtfundentag brachte, trat auch in den übrigen Industriestaaten die Forderung der Arbeiter auf Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in stärkerer Form hervor, so in Frankreich, Italien, England usw. Dieselben Arbeiter, die unter den Bedingungen der nationalen Regierungen in ihren eigenen Ländern sich politisch immer mehr entzweit haben, finden sich inständig auf dem Boden des wirtschaftlichen Kampfes wieder zusammen. Darin liegt die Gewähr, daß der Achtfundentag in absehbarer Zeit Gemeingut der Arbeiterklasse aller Industriestaaten sein wird, daß aber auch die übrigen internationalen Forderungen der Arbeiterklasse ihrer Verwirklichung entgegengehen.

### Ans der Industrie

#### Chemische Industrie

##### Gesundheitsgefahren in Thomasschlammfabriken.

Es ist bekannt, daß die Arbeiter der genannten Betriebe besonders hohe Erkrankungsstufen aufweisen. Daß die gesundheitlichen Zustände auch heute noch sehr verbesserungsbedürftig sind, zeigt uns in überzeugender Weise Dr. Ditz (Keine) in seiner Arbeit über die Entstellung der Gesundheitsverhältnisse in Thomasschlammfabriken.

In Rußland, Deutschland, Österreich, Ungarn und den übrigen von den Revolutionen erschütterten Staaten ist der Achtstundentag bereits eingeführt. In diesen Ländern ist der Achtstundentag am 1. Oktober Gesetz worden und in Frankreich, England, Holland, Norwegen und der Schweiz sind Gesetzesentwürfe über die Einführung des Achtstundentages über der 48-Stundenwoche den Parlamenten zugegangen. Die übrigen kleineren Staaten werden auf diesem Gebiete noch folgen müssen, wenn sie nicht schweren wirtschaftlichen Erschütterungen durch ausgebreitete Arbeiterstreiks sich aussetzen wollen. Nur in Italien sind in verschiedenen Staaten noch heftige Kämpfe um die Durchführung der Arbeiterforderungen auf wirtschaftlichen Gebieten. Unsere Verfassungen in der Schweiz fordern die 48-Stundenwoche für Tagelöhner und die 44-Stundenwoche für Schichtarbeiter. Überall regt sich die Arbeiterfront zur Erringung seiner Rechte, und der Tag wird nicht mehr fern sein, an dem sich die Proletarier aller Länder erneut die Hände zum wirtschaftlichen Kampfe reichen.

Mit wenigen Ausnahmen stehen die deutschen Unternehmer diesem internationalen Ringen der Arbeiterschaft auf dem Gebiete der Arbeitszeitverlängerung symphonisch gegenüber. Nicht aus Liebe zur Verkürzung der Arbeitszeit ist diese Stimmung entstanden, sondern unter dem Zwange der Verhältnisse und unter der geschäftsmännlichen Perspektive, daß bei einer allgemeinen weltwirtschaftlichen Regelung der achtstündigen Arbeitszeit auch die deutsche Industrie Aussicht hat, wenn auch schrittweise, auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig zu werden.

Selbstverständlich gibt es immer noch einen Teil reaktionär veranlagter Papierbarone, die den Achtstundentag zum Teufel wünschen, die sich in die Zeit zurücksehnen, in der sie als absolute Herrscher ihrer Arbeitsstätten die Knete schwingen konnten. Zu diesen edlen Seelen des Absolutismus gehört zweifellos auch der Papierfabrikant R. E. (Robert Emmel?) aus dem besetzten Gebiet, der in Nr. 22 des Wochenblattes seinen erbitterten Gesinnungen gegen die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in folgenden Worten Luft macht:

„Obwohl hier im besetzten Gebiet ein dreimaliger Schichtwechsel ausgeschrieben ist, da von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens ohne besondere Erlaubnis niemand seine Wohnung verlassen darf, treten bereits viele Väter und Mütter mit der dringenden Bitte an mich heran, doch unter allen Umständen von dem Achtstunden-Arbeitsstag abzusehen, da dann die jungen Leute in den Wirtschaften herumliegen und ihr Geld mit Trink- und Zigarettenrauchen vergeuden. Andererseits löre es die ganze Hausordnung, wenn der Mann oder die Stirber des Nachts zur Arbeitsstätte gehen müßten. Hieraus ergibt sich man, daß es auch unter den Arbeitnehmern noch ruhig denkende gibt. Auch viele meiner Arbeiter kommen mit demselben Ersuchen an mich heran und bitten den Stundenlohn statt des Schichtlohns einzuführen, damit diejenigen, die 12 Stunden arbeiten, entsprechend mehr verdienen als diejenigen, die 10 Stunden arbeiten. Diesem berechtigten Wunsch habe ich sofort entsprochen und bin damit einem hier eingewurzelt Unheil begegnet, indem allgemein bei Ueberarbeit 1/4 oder 1/2 Schicht in Anrechnung gebracht wurde, auch wenn die Leute nicht drei oder sechs Stunden gearbeitet haben.“

Es sei auch erwähnt, daß die Arbeiter hier zum großen Teil weit entfernt von ihrer Arbeitsstätte wohnen, daß sie beim Schichtwechsel beide Male die elektrische Bahn benutzen können, während dieses in der Nacht ausgefallen ist, und sie dann den Weg zu Fuß machen müssen. Dabei werden sie im Winter häufig durchkühlt und durchschroten an ihrer Arbeitsstätte ankommen.

Nach diesen Ausführungen ist der Achtstunden-Arbeitsstag in Industriezweigen, wo Tag und Nacht gearbeitet werden muß, für den Arbeitnehmer selbst mit Nachteilen verbunden. Es ist zu wünschen, daß die Arbeiter ihre Interessen den Forderungen der Gewerkschaftsführer gegenüber selbst wahrnehmen.

Allem Anscheine nach stammt dieser R. E. aus dem Dürener Papierindustriegebiet, denn im übrigen besetzten Gebiete, einschließlich der Pfalz, haben sich die Papierfabrikanten mit der Einführung des Achtstundentages einverstanden erklärt und nur die Dürener Papierfabrikanten streben sich noch mit Händen und Füßen dagegen. Allerdings, in diesem Gebiete des Rheinlandes ist teilweise auch die R. E. der selbstständigen Republik Rheinland, die auf die deutsche Gesetzgebung pfeifen und sich nach einem selbstständigen Staate sehnen, in dem sie sich für die Zukunft nach dem alten Muster weiterwirtschaftlichen wünschen. Dieser Wunsch dürfte ihnen von den rheinischen Papierarbeitern aber doch empfindlich verborgen werden. Wir sind davon überzeugt, daß die Befugnisse der Behörden gegen die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit keine Einwendungen erheben und daß diesen Arbeitern auch recht gern die Erlaubnis zum Verlassen der Wohnung, um nach der Arbeitsstelle gelangen zu können, in der Zeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens erteilt wird. Das Märchen von den ihr Geld verkaufenden Arbeitern ist so alt, daß man darauf kein Wort der Erwiderung braucht. Trotzdem wirkt es in der jetzigen alkoholarmen Zeit zweifellos erheitend, denn mindestens 99 Prozent der in der heutigen Zeit vom Alkohol noch bedauerten Menschen gehören der edlen Sekte der Weins- und Champagner-Markten-Kenner an. Die übrigen Papierfabrikanten im Reich, die nun fast seit einem halben Jahre den Achtstundentag eingeführt haben, werden von dem Herumliegen ihrer Arbeiter in den Wirtschaften noch nicht viel gemerkt haben. Im Gegenteil muß festgestellt werden, daß der größte Teil der Papierarbeiter keine freie Zeit im Interesse seiner Familie recht nützlich verbringt.

Wenn der Papierfabrikant R. E. seine angeblichen Arbeiterfrauen von der Störung der Hausordnung sprechen läßt, weiß der Schichtwechsel für die Nachtschicht sich um 10 Uhr abends vollzieht, so vergißt er dabei zu bemerken, daß in verschiedenen Betrieben der Papier-erzeugungsinindustrie die Störung der Nachtruhe in den Arbeiterfamilien zum Gemeingut gewisser Fabrikanten geworden ist. Hier es doch einen Teil Unternehmer, die es als ihr ureigenes Recht betrachten, bei den geringsten Betriebsstörungen einen Teil der Arbeiter zu jeder Nachtzeit aus dem Schloße zu kommeln, und diese Störung der Nachtruhe wird von den Arbeiterfamilien zweifellos schwerer empfunden als die Zeit der Beschäftigung in später Abendstunden.

Gegen die Einführung des Stundenlohnes an Stelle des Schichtlohnes haben auch die organisierten Arbeiter wenig Einwendungen zu machen, sobald der Stundenlohn eine zum Leben ausreichende Höhe erreicht hat. Den Unternehmerpräsidenten R. E. leiten allerdings andere Gedanken bei der Abschaffung des Schichtlohnes. Er will seinen Arbeiter die Wohlstandsschicht dadurch schmälern, daß er ihnen nicht mehr 10, sondern in Zukunft 12 Stunden verrechnet. Diese Erkenntnis kommt leider recht spät. Jahrzehntlang hat sich derselbe Herr demnach keine Gewissensbisse darüber gemacht, daß die Schichtarbeiter im Schichtlohn täglich zwei Stunden für die Firma ohne besondere Entschädigung arbeiten mußten. Jetzt aber, wo er der Arbeiterschaft bei achtstündiger Arbeitszeit denselben Lohn wie bisher für 12 Stunden bezahlen soll, erkennt er auf einmal die Ungerechtigkeit der bisherigen Entlohnungsweise. Weil die Gewerkschaftsführer es für ihre Pflicht als Arbeitervertreter halten, der Arbeiterschaft die wahre Meinung ihrer sogenannten „Vorgesetzten“ vor Augen zu führen, weshalb der Wunsch dieses Unternehmers, die Arbeiter mögen die Vertretung ihrer Interessen gegen die Forderungen der Gewerkschaftsführer selbst wahrnehmen. Diese Vertretung der Arbeiterschaft gegen die Gewerkschaftsführer wird bei der Arbeiterschaft nur schwer verfangen, sollte es aber dennoch der Fall sein, dann sind wir überzeugt, daß auch dieser Unternehmer sich recht bald von einem Sozialen zu einem Sozialen verwandelt.

Die alte schwäbische Unternehmertante von Börsen an der Pfalz kann es sich noch nicht ganz verkneifen, zu den Ausführungen ihres jüdischen Mitarbeiters R. E. zu erklären: „Dieser Artikel enthält zweifellos manches (1) Richtige“, um dann den Unternehmern klar zu machen, daß man auch im besetzten Gebiete dem Zuge der Zeit Rechnung tragen müsse, nachdem man auch in anderen Ländern den Achtstundentag eingeführt habe.

Auch wir halten es für das vernünftigste, wenn die Unternehmer im besetzten Gebiete ihre Pflicht als deutsche Staatsbürger freiwillig erfüllen und den Achtstundentag zur Einführung bringen. Andernfalls werden sie von ihrer Arbeiterschaft dazu gezwungen werden. Der Achtstundentag fällt seinen Siegerzug über den ganzen Erdenball. Die Arbeiterschaft aller Länder hat endlich erkannt, daß sie von dem Unternehmertum Rechte zu fordern und nicht nur Pflichten zu erfüllen hat. In diesem Kampfe wird die Arbeiterschaft auch jene rücksichtlosen Elemente bekämpfen, die sich von dem berechtigten Wunsch eines Wirtschaftlichen: „Wer Recht ist, soll auch Recht haben!“ nicht zu trennen vermögen.

### Capeten-Industrie

#### Zum Reichstarif in der Capeten-Industrie.

Am 4. Juni d. J. wurde in Berlin der erste Reichstarif für die Tapetenindustrie abgeschlossen und damit erreicht, daß für die gesamte Arbeiterschaft unserer Industrie die Arbeits- und Lohnbedingungen allgemein geregelt wurden. Wenn auch mit einzelnen Firmen seit Jahren bereits lokale Tarifverträge vereinbart waren, so konnten diese doch auf die Gesamtbranche keinen Einfluß ausüben. Wir hatten deshalb die Aufgabe zu verzeichnen, daß nur einzelne Firmen ihren Arbeitern einen annehmbaren Lohn gaben, während die übergroße Mehrheit der Arbeiterschaft noch bis zu Anfang dieses Jahres unter den unwürdigsten Lohn- und Arbeitsverhältnissen existieren mußte. Die Folge war denn auch, daß fortgesetzt Lohnforderungen gestellt wurden, die auch zum Teil Erfolg hatten. Wenn man berücksichtigt, daß selbst im Januar dieses Jahres noch Wochenlöhne von 27 bis 33 Mk. gezahlt wurden, muß man ohne weiteres zu dem Ergebnis kommen, daß die ausgeübten Forderungen berechtigt waren. Andererseits hatten es unsere Fabrikanten verstanden, ihre Tapetenpreise immer höher zu schrauben. Die letzte Preiserhöhung wurde mit unsern eingereichten Forderungen motiviert. Ob mit Recht, lassen wir dahingestellt. Fest steht, daß es mit den alten Zuständen nicht weiter gehen konnte und daß etwas geschehen mußte, um die ungesunden Verhältnisse in unserer Industrie zu beseitigen. Das Bild, das nun entwickelt wurde, spiegelt sich wieder in den Forderungen, die von der Gesamtarbeiterschaft aufgestellt und von uns bei den Verhandlungen vertreten wurden. Es sind freilich nicht alle Wünsche restlos erfüllt, aber man muß berücksichtigen, daß wir noch eine ganze Anzahl sehr rückständiger Betriebe hatten, bei denen der Lohn fast 100 Prozent niedriger war als die jetzige Forderung. Ebenso steht es mit den Arbeitsbedingungen. Nach der statistischen Aufnahme von 1914 waren es nur wenige Firmen, die Ferien eingeführt hatten. Nach dem jetzt abgeschlossenen Tarifvertrag müssen alle Firmen gleichmäßig den Erholungsurlaub gewähren, und zwar unter Fortzahlung des Lohnes. Es wird ja nun von einzelnen Firmen versucht, mit ihren Arbeitern ein Sonderabkommen abzuschließen, um dadurch Vorteile herauszuschlagen. Dazu ist zu bemerken, daß diese Sonderabkommen ungültig sind, soweit sie die Lohn- und Arbeitsbedingungen verschlechtern, denn sobald allwärts die Ortsklassen gewählt worden sind, wird dieser Tarifvertrag dem Reichsarbeitsministerium zur Sanktionierung eingereicht und nach Anhörung der beiderseitigen Parteien zum Gesetz erklärt werden, so daß er für alle Firmen, ob organisiert oder unorganisiert, bindend ist. Damit diese Einreichung nun bald möglich ist, müssen für alle Betriebe die Ortsklassen festgelegt werden. Die Wahl der Ortsklassen konnte in der Verhandlung am 4. Juni nicht geschehen, weil sich dabei sehr große Unstimmigkeiten ergaben, die zu beseitigen nicht in unserer Macht lag. Es wurde deshalb vereinbart: Die Fabrikbetriebe sollen sich im Einverständnis mit ihren Arbeiterausschüssen so schnell wie möglich darüber entscheiden, welcher Ortsklasse sie anzugehören haben. Befinden sich an einem Orte mehrere Fabriken, so ist die Entscheidung von den Fabriken gemeinschaftlich zu treffen. Die Arbeiterausschüsse haben in einer Betriebsversammlung das Einverständnis der Gesamtarbeiterschaft einzubringen. Ist eine örtliche Regelung nicht zu erzielen, so sind die beiderseitigen Organisationsvertreter mit hinzuzuziehen. Ist auch diese Verhandlung erfolglos, so entscheidet die Schlichtungskommission. Die Entscheidung der Kommission ist endgültig. Es sind vier Ortsklassen vorgesehen und ist die Wahl der Ortsklasse der Vereinbarung zwischen Betriebsleitung und Arbeiterausschuß überlassen.

Wir glauben damit allen Wünschen Rechnung getragen zu haben. Es ist nunmehr dringender notwendig, daß dort, wo die Ortsklasse noch nicht festgelegt ist, dieses umgehend geschieht und das Resultat dem Hauptvorstand sofort mitgeteilt wird. Sobald alle diesbezüglichen Mitteilungen eingegangen sind, werden wir die Orte mit den gewählten Ortsklassen in „Proletarier“ veröffentlicht.

An den gesamten Kollegen und Kolleginnen legt es nun, daß dies recht bald geschieht.

### Keramische Industrie

#### Zur Lage in der Kalkindustrie.

Die gegenwärtige Lage in der Kalkindustrie ist im allgemeinen günstig und könnte sogar als vorzüglich gelten, wenn nicht der Kohlenmangel eine volle Entfaltung der Produktion hinderte. Die Nachfrage nach Kalk ist derzeit stark, das an eine annähernde Befriedigung gar nicht gedacht werden kann. Teilweise wird auch über Arbeitermangel geklagt. Um die vorhandenen Arbeitskräfte zu halten und zur Arbeit willig zu machen, mußten, so wird aus Mittelsdeutschland gemeldet, Lohnerhöhungen eintreten.

Als Thüringen wird berichtet, daß Arbeiter genügend vorhanden seien, doch die wenigsten davon wollten wirklich arbeiten. Aber auch die wenigen, die noch einige Arbeitskraft zeigten, ständen andauernd in Lohnbewegungen, und wenn nicht alle Forderungen schnell bewilligt würden, drohe man sofort mit Streik.

Daraus ergibt sich, daß die Forderungen der Arbeiter noch stets erfüllbar waren, denn von einer daraus resultierenden Stilllegung irgendwelcher Betriebe wird nichts berichtet, obwohl sie bei jeder Verhandlung von den Arbeitgebern angeflüchtelt wird.

### Gewinne in der Kalkindustrie.

Die Westdeutschen Kalkwerke Dornap erzielten im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von 487 419 Mk. Davon erhielten die Aktionäre 8 Prozent = 160 000 Mk. Dividende; 20 000 Mk. wurden dem Reservefonds überwiesen und 307 419 Mk. wurden als Überschuss für das kommende Jahr zurückgelegt. Außer dem Reingewinn sind noch 21 429 Mk. zu erwähnen, die für Abschreibungen verwandt wurden. Hoffentlich sind die Arbeiter von diesem Segen in angemessener Weise bedacht worden.

### Richtpreise für Ziegel- und Kalksandsteine.

Unter dieser Ueberschrift brachte der „Proletarier“ in Nr. 25 eine Notiz, nach der laut Mitteilung der Kriegsamstelle in Altona für ihren Bezirk nachstehende Richtpreise festgesetzt worden seien:

- I. Bau- und Giebelmauerungsziegel:
  - a) Reichsmaß
    - Bremen und Lübeck 120 Mk.
    - Provinz Hannover und Schleswig-Holstein 112 Mk.
    - Mecklenburg 96 Mk.

Hierzu ist eine kurze Erläuterung notwendig. Die Kriegsamstelle in Altona hat nicht für die ganze Provinz Hannover, sondern nur für einen

Teil dieser Provinz, und zwar für den Regierungsbezirk Stade, die Richtpreise festgesetzt. Für die übrigen Regierungsbezirke der Provinz Hannover sind die Verkaufspreise nämlich in einer von der Kriegsamstelle Hannover anberaumten Sitzung vereinbart worden, und zwar für Giebelmauerungsziegel pro 1000 Steine ab Ziegeln 95 Mk. Wie nachträglich bekannt wurde, wogen sich allerdings die Ziegelfabrikanten gegen diese Richtpreise, die diesen Verkaufspreis als für sie verbindlich anzuerkennen. Sie verlangen unter Berufung auf die hohen Produktionskosten, namentlich hervorgerufen durch die hohen Löhne, die hohen Preise für Kohlen, Öl usw. eine Erhöhung des Verkaufspreises. Im Interesse des Wohnungsbau- und unfres gesamten danteberleitenden Wirtschaftslebens wäre zu wünschen, daß die angeführte weitere Erhöhung des Verkaufspreises verhindert werden würde.

### Ziegel-Richtpreise für Pommern.

Für die Provinz Pommern sind nachstehende Richtpreise pro Tausend Stück festgesetzt: Für Mauerziegel 105—115 Mk.; für Mauerziegel der Mecklener Porzellanfabrik 120 Mk.; für Klinker 116 Mk.; Kochziegel 123 Mk.; poröse Kochziegel 135 Mk.; Mischmänge 1. Sorte 160 Mk., 2. Sorte 123 Mk.; gefirnerte Mischmänge 203 Mk.; Dachpfannen 190 bis 252 Mk.; Giebelziegel 321—350 Mk., und für Kalksandstein 105 Mk. Diese Preise gelten ab Ziegeln, und zwar bis zum 1. Oktober 1919.

### Ganz vorzügliche Existenz.

Die Ziegeln gehören im allgemeinen nicht zu den Betrieben, die mit Riesengewinnen gefest sind. Ein angemessener Gewinn dürfte jedoch nur in wenigen Betrieben fehlen. Daß es aber außer den großen modernen Altkonzernen auch private Betriebe gibt, deren Gewinn das übliche Maß übersteigt, zeigt nachstehendes Inserat, das vor einiger Zeit in der „Tonindustrie-Zeitung“ veröffentlicht wurde:

Bei einer bayr. Großstadt ist eine schuldenfreie bedeutende Dampfziegelei (Ringofen 45 Meter lang, 20 Meter tief), 14 Tgw. Grund, Industriezweige, 1200 Meter Kalkgrube, tabellarisch inventarisiert, zu ganz vorzügliche Existenz. Ganz vorzügliche Existenz. Zur Kapitalrückgabe Interessenten kommen in Frage.

Eine Ziegeln, die in der gegenwärtigen Zeit noch eine „ganz vorzügliche Existenz“ ermöglicht, ist hoffentlich in der Lage, auch den Arbeitern eine ausreichende Existenz zu gewähren.

### Verschiedene Industrien

#### Konferenz für die Speiseölindustrie.

Am 12. und 13. Juni fand im Verbandsbureau in Hannover eine Konferenz von Vertretern der Speiseölindustrie statt. Vertreter waren die Städte Hamburg, Harburg, Bremen, Mannheim, Stettin, Wittenberge und Magdeburg. Die Betriebe in Schleswig-Holstein wurden durch den Kollegen Borger (Hamburg), die Betriebe aus dem besetzten Gebiet durch den Kollegen Wählert (Düsseldorf) vertreten. Die Konferenz beschäftigte sich mit dem Entwurf zu einem Reichstarif für die Delandindustrie, der zwischen dem Verband der Deutschen Delmühlen und dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands abgeschlossen werden soll. Nach einer längeren Aussprache wurde beschlossen, die Handwerker, Heizer und Maschinenisten nicht in den Vertrag einzubeziehen. Außerdem wurde beschlossen, nur einen Rahmentarif zu schaffen, der die Arbeitszeit, Arbeitsvermittlung, Ausschlag für Ueberstunden- und Sonntagsarbeit, Ferien usw. regelt. Die Löhne sollen dagegen in den einzelnen Bezirken geregelt werden. Der Entwurf soll dem Verband der Deutschen Delmühlen zugehört werden. Eine Verhandlungskommission, bestehend aus den Kollegen Sach vom Hauptvorstand, Adler (Harburg), Lacher (Mannheim), Beckmann (Stettin) und Wolf (Hamburg) wird mit den Arbeitgebern der Delandindustrie die Unterhandlungen führen.

### Arbeitsgemeinschaft in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

Am 4. Juni erfolgte die Konstituierung der Arbeitsgemeinschaft in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, nachdem in einer Reihe vorhergegangener Sitzungen die großen Schwierigkeiten, die bei dieser Gruppe überwunden werden mußten, beseitigt waren. Die Schwierigkeiten bestanden darin, daß hier eine Reihe von Industriezweigen zu einer Gruppe zusammengefaßt werden sollten, die wenig oder gar keine Beziehung zueinander haben. Es ist lediglich das Gemeinsame darin zu suchen, daß die Ergebnisse der einzelnen Industriezweige der menschlichen Ernährung dienen. Schließlich ist es aber doch gelungen, die Zusammenfassung dieser Gruppe zu ermöglichen, indem man den Teilgruppen die größtmögliche Selbständigkeit jagungsgemäß zugestanden hat.

Die Gruppe zerfällt in folgende Teilgruppen: 1. Brauerei, 2. Mälzerei, 3. Molkerei, 4. Futterindustrie, 5. Futterwaren und Schokolade, 6. Konfitüren, Marmelade, Back- und Teigwaren-Industrie, 6. Konfitüren, Industrie der Nahrungsmittel aus Körnern und Getreidefrüchten, 7. Spiritus und Preßhefe, 8. Essig und Spirituosen, Stärke- und Kartoffelproduktion, Dörmung, 8. Tabak, 9. Sonstige Nahrungsmittel, Getränke außer den vorgenannten, Kaffee-Ertrag, Fischindustrie, Molkerei, Käseerei, Milchfütter, 10. Bäckerei, Konditoreien, 11. Fischerei, verwandte Industrie- und Betriebszweige, 12. Gastwirtschaften.

Abweichend von den Satzungen anderer Gruppen ist bei dieser Gruppe vorgesehen, daß jede Teilgruppe 3 Arbeitgeber und 3 Arbeitnehmer als Vertreter in den Gruppenausschuß entsendet. Jeder Vertreter hat einen Stellvertreter mit beratender Stimme.

Während die Vertreter mit einer Amtsdauer von 2 Jahren gewählt werden, können die Stellvertreter für jede Sitzung ausgetauscht werden, so daß die aus verschiedenen Industriezweigen zusammengesetzten Teilgruppen in der Lage sind, zur jeweiligen Sitzung des Zentralausschusses einen Stellvertreter zu bestimmen, der für die zur Verhandlung stehenden Fragen der geeignete Fachmann ist.

Somit sind wesentliche Abweichungen von den Satzungen anderer Gruppen nicht vorgesehen.

### Berichte aus den Zahlstellen.

Gesellschaft. In der „Gesellschaftlicher Allgemeinen Zeitung“ Nr. 130 und in der „Gesellschaftlicher Zeitung“ stand ein Artikel mit der Ueberschrift „Organisationssteuer“, der von Unvorsichtigen fragt über den Deutschen Metallarbeiter-Verband und den Fabrikarbeiterverband, losgelassen vom Christlichen Metallarbeiter-Verband. Am Sonntag, dem 1. Juni, fand in Schöneberg eine Sitzung für die gesamte Fabrik eine Betriebsversammlung statt, um Stellung zu nehmen zu den gestellten Forderungen. Die Versammlung verlief ruhig, auch der Geschäftsführer vom Christlichen Fabrikarbeiterverband vertrat die Interessen wie wir. Erst das provozierende Auftreten des Herrn Jilke aus dem Christlichen Metallarbeiter-Verband führte zu stürmischen Auseinandersetzungen. Mit der Behauptung, die freien Gewerkschaften wären sozialdemokratische Verbände, dem er, den Arbeitern und Arbeiterinnen großes zu machen. Jilke's Gang in der Versammlung dominierte, seine Kollegen anzusehen die Christlichen, in ungenügender einzutreten widersetzten sie nicht mehr mit ihnen zusammenarbeiten würden. Sogar an einen Reiz soll die Forderung gestellt sein, einen Arbeiter zu wählen, weil er gut und organisiert sei. Aufgefordert, Namen zu nennen, ging er um die Ecke herum wie die Kage um den heißen Stein. Herr Jilke's demut, und mit Unvorsichtigen verknüpfen zu können. Ueber die arbeitsrechtlichen Tätigkeiten der Gewerkschaften sei folgender Fall angeführt: In der Eisenfabrik bei Krupp in Essen waren von unserem Besuche Lohnforderungen

gehört worden. Was hat der Christliche Metallarbeiterverband? Er reichte nach Untersuchungen ein, und zwar 30 Pf. niedriger die Stunde als mit. Selbstverständlich wurde auch der niedrige Lohn bei den Umfragen abgelehnt und die Arbeiter um die Früchte ihrer Arbeit durch die Christen betrogen. Darum, Arbeiter und Arbeiterinnen, macht die Augen auf, und geht acht auf die Worte in Schriftstücken. Hinem in den Fabrikarbeiter-Verband, denn dort ist euer Platz, der ist es auch, der voll und ganz eure Interessen betrifft.

**Goldberg i. Schl.** Am Freitag, 13. Juni, fand im Schulhaus zum Neuen Hause eine gut vorbereitete Versammlung für die Arbeiter und Arbeiterinnen statt, in welcher die Arbeiter (Kreslau) über das Thema: „Müssen sich die Fabrikanten und Betriebsleiter dem Fabrikarbeiter-Verband anschließen?“ sprachen. Seine mit vielen Beispielen versehenen Ausführungen fanden vornehmlich Zustimmung. Der Erfolg seines vorhin erwähnten Vortrages war ein recht erfreuliches Anzeichen. Was uns das über die Bemühungen nicht gelangen wollte, ist jetzt auf einmal gelungen, indem wir in allen Gegenden Einigung gefunden haben. Wir hoffen, daß es uns in Kürze gelingt, die nachstehenden der Organisation anzuschließen; damit einmal die erhabene Arbeit der Fabrikarbeiter durch die Arbeiter durch wirksame Vereinerung geregelt werden können. Und bei den Arbeiterinnen und Arbeiterinnen des Fabrikarbeiter-Verbandes ist jetzt ein recht erfreuliches Leben. Seit für die Organisation vorhanden; in das Hoffen in kürzester Zeit bei der Firma B. u. M. Neumann, hier, die Lohn- und Arbeitsbedingungen ändern werden. So wie bisher darf es nicht weiter gehen. Trotzdem die Firma die Arbeiter nicht aufgenommen hat, verlangt sie es von jeder bei den Arbeiterinnen Verbesserungen. Es ist nicht möglich, die Arbeiter nicht unter allen Umständen zu den Betrieben zu bringen und dann wird das Bestmögliche nicht erreicht. Wenn auch die Arbeiterinnen nicht völlig zufrieden sind, so sind die Firmen aber doch nicht bereit, daß man sich unter den jeweiligen Verhältnissen Verbesserungen ohne Mühen gefallen läßt. Die Arbeiter erwarten Empörung auf ein menschenwürdiges Leben. Den Arbeiter dieses Betriebes müssen wir zu: Faltet fest zum Verband, dann wird es auch für euch besser werden.

**Platz (Kreis Magdeburg).** Letzte Poststelle wurde 1911 gegründet, aber nur 12 Mann hatten es, die als freie Werbende sich zu belegen den Platz hatten, in welchem 3000 Einwohner wohnen, unter weltlich-geistlich-bürgerlichem Ratel stehendem Dorf. Auch diese 12 wurden am August 1914 mit in den Kriegsdienst gerufen, und nur 5 davon war es verblieben, wieder in die Heimat zurückkehren und dort die Freude des im Kriege gegebenen Unrechtes, unsere Frauen und Kinder zu sehen, reifen zu sehen, resp. die Freude der Revolution zu erleben, sah an ihnen zu erfahren. So mußten sie sich dem auf und gingen an die Arbeit mit allen Kräften, die der Materialismus ihnen noch übrig ließ, und ihrer ausgeübten Tätigkeit gelang es, die Poststelle auf eine momentane Mitgliederzahl von weit über 300 zu bringen. Das Blühen, das einst im Verborgenen blühte, hat sich also zu herrlicher Blüte empört. Mit allen Schritten ist man bemüht gewesen, dies kleine Mäuschen im Unfrieden zu heiden, vergebens haben Pastor und Bürgermeister es zertreten wollen. Vergebens hat der örtliche Fern- und Stenographen-Verband Hilfe gestreut, vergebens hat das vereinte Unternehmertum mit allen Mitteln Versuche gemacht, die rote Gefahr abzumehren, wie man sich ausdrückte, aber nichts und unerschütterlich steht die Poststelle Platz. Bereits im Anfang dieses Jahres mußten wir mit Unterstützung an die Unternehmern herantreten. Waren vor dem Kriege 2,40 bis 3,50 Mk. oder auch in Einzelfällen 4 Mk. Lohn für die 10- und 12-Stundenarbeit, so stiegen während des Krieges die Löhne durch die Ausnutzung der Arbeitskraft des Fabrikarbeiter-Verbandes auf das Doppelte. 1918 brachte es ein Papiermüller-Verband noch fertig, seinen Arbeiter, die teilweise aus dem Stenographenverbanden kamen, um 6 Mk. anzuhaken, bzw. zu zahlen für den 12-Stunden Tag. Endlich konnte hier allerorts durch die Organisation Wandel geschaffen werden. Im Stenographen-Verband ist der wichtigste Poststelle Stenographen bedeutend erhöht, während sich die Arbeiter zur Sicherstellung von Friedensarbeiten her beizugehen haben. In den Hauptstädten werden jetzt höhere Stundenlöhne gezahlt, beschließen in Weinmüllerei-Papiermüllerei. Auch andere Betriebe haben sich mit unseren befreundeten Arbeitervereinigungen auf höhere Stundenlöhne geeinigt. Für jugendliche Arbeiter gehen entsprechende Bestimmungen, jedoch nicht unter 60 Pf. In einigen Betrieben wurden einige Verbesserungen erreicht. Die Löhne sind jetzt noch aus, aber auch dort sind Verbesserungen im Gange. Denn die Kollegen auch nicht alles erreichen konnten, was sie zu erreichen gedachten, so ist es immerhin ein bemerkenswerter Erfolg, der zu verzeichnen ist durch die geschlossenen Organisation. Ohne dieselbe ständen wir in tieferer Lage sehr schlecht. Da geht lange Gespinnst in Unternehmertum, da sie ersehen, daß der letzte Arbeiter organisiert ist und zu drei Viertel organisiert. An den Kollegen und Kolleginnen liegt es nun, das im harten Kampf Erreichte zu erhalten. Leider gibt es noch viele Kollegen, die, obwohl im Verband, noch große Gleichgültigkeit zeigen. Kollegen und Kolleginnen! Weg mit dem alten Söldner! Aufgerafft zu jener Arbeit! Wir müssen alle anbieten, was ein menschenwürdiges Leben zu verschaffen. Wir dürfen nie wieder in die alten Zustände zurückverfallen. Ihr alle wißt, wie auch der Kapitalismus im vorigen Jahrhundert behandelt hat. Ferner müssen wir auch ein Unternehmern. Dabei das Erreichte hoch! Den 12-Stunden Tag, der gerade in dieser Lage erlangt werden mußte, nicht ihn! Es liegt euch jetzt besonders, bezieht auf die Bestimmungen, steht auf die Löhne, die der Verband erlangt, helfe ihr! Überall wird sie bekräftigt, überall vertritt man ihre Forderungen zu kommen, namentlich die im Religionsverband beschlossenen Bestimmungen, welche Hindernisse sind. Die, die euch, eure Frauen und Kinder, durch Nacharbeit ausgezogen haben während der letzten Jahre, noch heute, sie zeigen vielleicht nicht ganz, daß in nächster Zeit die von den Fabrikanten (wie man uns nennt) ein eigenes Kapitalismus aufbauen, um dem Arbeiter zu helfen, selbst die antiken Betrieben, die uns ganz früher, vor dem Kriege, ganz anders verhalten wie heute, sie müssen aufre sein kommen. Zu spät für sie! Die neuen Betrieben haben unsere Rechte und finden sie in höheren Löhnen, das hat diesen Betrieben Herrn unter Längere in der Gewerkschaften Bewegung. Wo Kollegen und Kolleginnen, haltet euch im Erreichten, dann wird auch für uns eine bessere Zeit herbeiführen!

**Schlag.** Dem Auge der Zeit folgend, waren auch einige Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Wilhelm Peters, Sachschmiederei, untern Verbände bei. Die Verhandlung berief daraufhin eine Betriebskommission ein, in der die Betriebsverhältnisse einer Kritik unterworfen wurden. Herr Peters ist der Meinung, die im Juni festgesetzte Löhne sind zu hoch zu sein, da er dem Arbeitgeberverband nicht angehört. Er sah sich also alle dort beschlossenen Personen anrufen, um Ratgeber anzuwerben und dem Unternehmer zeigen, was eine gerechtere Arbeitszeit voraus, ergäben einige Personen die niedrige Löhne durch Umgründung des Arbeitsvertrages.

Herr Peters glaubt nun, die Mitglieder in seinem Vertriebe anzunehmen, wenn er einzelne Personen anruft. Ein Kollege, der auch dazu geneigt ist, mußte die persönliche Tat der Kritik biegen. Er wurde als Arbeiter verurteilt und entlassen.

**Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Peters!** Wie lange wollt ihr euch noch eine in Verhandlung stellen lassen? Schämt ihr euch nicht vor der Kritik? Die Kritik? Darin Duldung solcher Verhältnisse werden die Arbeiterinnen nicht verstehen, sondern die ganze Industrie werden dadurch. Reist euch auf, schließt euch zusammen und beweist auch diesen Unternehmern, daß die Forderungen der gerechtere Arbeitszeit der menschlichen Arbeitskraft nicht sind.

**Strasburg.** Es beginnt auch in der dunklen Dämmerung zu dünnern. So hat sich die Poststelle Strasburg seit der Novemberrevolution von 20 auf 70 Mitglieder emporgeschoben. Die Arbeiterklasse der umliegenden Gemeinden, wie Hagen und Gersheim, hat sich außer Poststelle angeschlossen. Bei dem Kriege hätte es niemand gewagt, daß für unsere Organisation zu werden. Einmalige wurde heute auch für die Arbeiter ein Zusammengehörigkeit abgelehnt werden. Die Poststelle Strasburg ist in der ersten Schilke. Es ist ganz noch mit einigen Poststellen zu rechnen, weil die meisten Poststellen sind in den Händen der Arbeiter. In der letzten Zeit sind die Poststellen Arbeiter erwacht sind. Einmalige Arbeiter erwachte in der letzten Versammlung empfindlichen Bewußt über die schwierigen Arbeitsbedingungen, aber dank der festen Organisation können auch die Arbeiter zu ihrem Recht.

**Wien (Stadt).** Ein Arbeiterverband ist hier die Poststelle Strasburg. Die Organisation der Poststelle ist jeder Verbesserung. Ein-

stellungen mit und ohne Kündigung erfolgen ohne Grund, aber die Firmen Meister sowie der Herr Direktor imhaken die Arbeiter in ihren zu drehen, daß immer die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht haben. Die Sache hat aber recht merkwürdige Gründe. Die Arbeiter sind meistens solche, die schon längere Zeit im Betriebe beschäftigt sind und für die alle Vorteile der Arbeit für die Arbeiterinhabende gebildet hat, in Betracht kommen. Wie hier Entlassungen zustande kommen, ist an einigen Beispielen gezeigt. Ein Arbeiter beantragt während einer Nachmittagspause zwei Wochen, um Koffer zu laden. Die Mädchen gehen hin, aber jeder konnte das Kofferladen nicht. Die Arbeiterinnen, welche der Arbeiter nicht mit demselben Koffer wieder weg, das Wasser lagte aber noch nicht. Die beiden Mädchen den Mädchen, der den Koffer mit zu befragen hat. Nach langem Streit haben sie ihn und nun stellt sich heraus, daß das Mädchen ein Mädchen ist und es überhaupt kein Kofferladen gibt. Das alles eine ganze Zeit in Anspruch genommen hat, kann man sich denken. Als nun die Mädchen zurückkamen, machte erst der Arbeiter in der Richtung nichts Gutes zu tun, als bei beiden Mädchen zu kündigen. Da war die Firma wieder ein paar Tage los, die sich für sprang auf Urlaub hatten. Ein zweiter Fall. Ein Meister stellt ein Mädchen ein. Er besteht einem Mädchen, dasselbe aufzunehmen, was auch geschieht. Nach einer Weile kommt der Meister wieder und findet wieder ein Mädchen. Jetzt geht es aber los, mit dem benannten Mädchen sind noch andere Mädchen. Die Arbeiterin, die das erste Mädchen aufgenommen hatte, erklärt: Wir sind keine Schweinebande, worauf der gehobene Meister ihr sofort kündigte. Als sie erklärte, es ist mir recht, mußte sie gleich aufhören. Dieses Mädchen wird nun von den anderen Meistern sowie von den Arbeiterinnen als brav und fleißiges Mädchen gelobt. Ein Meister wollte sie in seine Abteilung nehmen, sie sollte mit einer Nebenbestellung bringen. Aber sie mußte gehen, und wieder war die Firma ein paar Tage los. Diese Arbeiterin liefert, an die Arbeiter-Konsum-Anstalten. Die Arbeiterinnen sind der Firma gut genug, ihren Saft zu füllen, aber die Behandlung ist nicht menschenwürdig. Vor kurzem wurde ein Arbeiter mit seiner Frau ohne Kündigung entlassen. Die Witwe würde die Sozialbehörde ausfindig, worin noch die Marlen von November 1918 an fehlen; bei der Frau war dasselbe. Das wurde dann dem Richter in die Schuhe geschoben, aber die größte Schuld hat die Leitung der Firma. Vor kurzem sind einige Arbeiter verunglückt. Es plägte eine Trommel, wobei eine Arbeiterin so schwer verbrannt wurde, daß sie in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Verbandlung war beim Unfall nicht vorhanden, auch kein Krankenwagen und kein Krankentorb. Das sind unzulässige Zustände in einem Betriebe mit ungefähr 500 Beschäftigten. Es ist höchste Zeit, daß sich der Gewerkschaftsdirektor dieses Betriebes ernstlich ansetzt. Wasch-, Ankleide- und Speiseküchen sind so gut wie gar nicht da; was man hier solche nennt, das spottet jeder Beschäftigung. Da fehlen richtige Fenster, es fehlt der Fußboden. Der Herr Direktor verachtet die Leute immer auf den Knien. Am Sonnabend vor Pfingsten, ging ein Meister nach Feierabend in den Umkleidekabinen der Mädchen, trotzdem er sah, daß sie beim Umkleiden waren, und beschimpfte sie mit allerhand Schimpfen. Der Arbeiterauschuss beschwerte sich in der Aufsichtsbüro bei dem Herrn Direktor. Dieser stellte alles, wie gewöhnlich, als unwahr hin. Da aber diese Anschuldigungen von seiten aller Aufsichtsbüro behauptet wurden, verprügelte er endlich, der Sache auf den Grund zu gehen. Damit ist dann alles erledigt, wie alle Beschwerden. Es ist von seiten des Herrn Direktors schon viel versprochen, aber sehr wenig gehalten worden. Ein gutes Teil haben die Arbeiter und Arbeiterinnen selbst still an den Zuständen. Sie denken, wenn sie ihren Beitrag gezahlt haben, hätten sie ihre Pflicht erfüllt. Aber das ist nicht der Fall. Arbeiter und Arbeiterinnen, bezieht jede Versammlung! Da lernt ihr, welche Rechte euch zustehen. Meldet alle vorhandenen Mängel, und wir werden Mittel und Wege finden, diese zu beseitigen, wenn die Firma auf den Arbeiterauschuss nicht hört. Halte-treu zusammen, dann könnt ihr eure verwerfliche Lage bessern und euch eine menschenwürdige Behandlung verschaffen. So wie seither, darf es in der Märkischen Eisenindustrie auf keinen Fall mehr weitergehen. Damit alle an den schönen Spruch von Hoffmann B. Hallerleben:

**Rundschau.**

**Geistliche Arbeiterfreunde.**

Es war von jeher bekannt, daß die Geistlichkeit — von wenigen Ausnahmen abgesehen — sich recht arbeiterfeindlich gebärdete. Das scheint auch heute noch so bleiben zu sollen. So haben seit längerer Zeit zwischen den maßgebenden Stellen der christlichen Gewerkschaften und der katholischen Fachabteilung Verhandlungen stattgefunden, um den langjährigen Streit über die Organisationsform zu beseitigen und zu einer Einigung zu kommen. Zwischen Stegerwald von den christlichen Gewerkschaften, Joes vom Württembergischen Verband katholischer Arbeitervereine und Doktor Fleischer vom Verband, Sitz Berlin, kam eine Einigung zustande, wonach die katholischen Fachabteilungen aufgelöst und ihre Mitglieder unter Anrechnung der je ihrer geleisteten Beiträge in die christlichen Gewerkschaften überführt werden sollen. Gegen diese Einigung der Arbeiter lehnen sich aber die geistlichen Führer der katholischen Fachabteilung auf. Insbesondere die Herren Journelle und Leyer arbeiten gegen die fast zur Tatsache gewordene Einigung. Wenn die Herren Geistlichen ihre eigenen Standesinteressen vertreten, geht das niemanden etwas an, wenn sie aber glauben, berufen zu sein, die Interessen des Kapitals gegen die Arbeiter vertreten zu müssen, so ist die einfachste Lösung die, daß die Arbeiter die Herren Geistlichen höflich verabschieden. Wir denken, auch die katholischen Fachabteiler können heute ohne nachteilige Folgen auf die schwarze Post verzichten.

**Fremde Pogromhölle.**

In letzter Zeit haben die Antisemiten, in ihre althergebrachte Händlung, ihren Hohn wieder veräußert und haben versucht, Judenpogrome zu tun. Solche sind jedoch nur möglich, wo eine geistlich und weltlich unabhängige Bevölkerung vorhanden ist. Intelligente Leute werden Judenpogrome nicht mit. Die Antisemiten, gläubig wohl „Der Arbeiter“, das Organ des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin), hat schon letzten Verbands für eine die Judenpogrome zu finden, wenn er in jeder Nr. 12 vom 15. Juni 1919 berichtet:

Wie hängt das Judentum mit dem Religiösismus zusammen? Die Antwort lautet einfach dahin, daß das Judentum ein eigentümliches Zeugnis ist, das eine notwendige Folge des Religiösismus ist. Wenn dann inmitten des jüdischen Religiösismus alles aufgelöst ist, wenn der Gegenstand der Anarchie die jüdische Experte und Arbeiter an die Spitze gebracht hat, dann wird der Antisemitismus eintrauen, wo die gerechtere und zum Tode erschöpfte Welt sich nach einer Rettung wendet und alles zusammen, was ihr Kraft zu geben vermag. Das ist der Augenblick, wo die jüdische Herrschaft des Judentums beginnt, um die von der Anarchie und vom Elend gemachten Böller unter eine neue Herrschaft zu nehmen, der sie sich fügen werden, nämlich unter die Herrschaft des internationalen Judentums.

Nach einer solchen Leistung eines Arbeiterorgans kann man nur sagen: Arme jüdische Arbeiter, ihr seid zu bedauern.

**Engelhardt Schriften.**

Das Werk „Der Arbeiter und die Arbeiterin“ von M. Engelhardt (Band 12 der Sozialwissenschaftlichen Bibliothek) Preis 1,20 Mk. geb. 1,50 Mk. (Verlag der Sozialwissenschaftlichen Bibliothek, Berlin, 1919). Die Schrift enthält als die beste und vollständigste Einführung in sämtliche Zweige des marxistischen Systems. Die erste Auflage dieses Buches fand großen Erfolg, insbesondere unmittelbar nach ihrem Erscheinen im Mai 1918, und in den ersten Monaten der deutschen Revolution. Die vorliegende zweite Auflage hat erhebliche Verbesserungen und Änderungen erfahren, die den Zweck haben, sowohl schwieriger Stellen eine klarere Fassung zu geben, wie Marx' Gedankenwelt vollständig darzustellen. Besonders gilt dies vom IV. Abschnitt: „Das marxistische System“, dessen zweites Kapitel „Klasse, Klassenkampf, Klassenbewußtsein“ neu ist. Das Kapitel „Die materialistische Geschichtsauffassung“ wurde ebenfalls erweitert und mit einigen Stellen neuer gefüllt. In der Schlussbetrachtung hat der Verfasser versucht, seine Auffassung über die Wirkung der marxistischen Weltanschauung zu rekapitulieren. Im ganzen erscheint uns Marx' als der genaue Entdecker der Gesetze der proletarischen Bewegung, als einer der hervorragendsten Denker auf dem Gebiete der Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte, aber nur als Materialist, allerdings als ein sehr lentatistischer Agitator auf dem Gebiete der sozialistischen Theorie, da er diese wesentlich als Klasse für proletarischen Befreiungskampf gebraucht. Die Darstellung der vorliegenden Monographie sowie das Einbringen in den Reichsdruck wird erleichtert durch das ziemlich umfangreiche Material und Sachregister und der Nachweis der Marx-Literatur.

**Verbandsnachrichten.**

**Statistik. — Gelbe Quartalskarten.**

Die gelben Berichtskarten der Arbeitslosenstatistik für das zweite Quartal 1919, die zur Berichterstattung an das Statistische Reichsamt dienen, müssen spätestens bis zum 12. Juli nach Hannover gesandt sein. Um Mahnkarten und somit Geld, Arbeit und Zeit zu sparen, wird den Zahlstellenleitern plunkliche Einbindung zur Pflicht gemacht: Nicht berichtende Zahlstellen werden im „Proletarier“ veröffentlicht.

- Som 15. Juni an gingen bei der Hauptklasse folgende Beträge ein:
- Weidenburg 200,—, Schönerlin i. M. 800,—, Grödenberg 300,—, Wangen 121,50, P. 740, Sietin 6,—, P. 3,35, Heilbronn 3450,—, Frankfurt a. d. O. 2409,50, Gröningen 1000,—, Hoford 1000,—, Mannheim 10 000,—, Wittenberg 5000,—, Halle a. d. E. 2000,—, Marienbagen 800,—, Effen 90,—, Wolgast 1600,—, Liegnitz 800,—, Byritz 400,—, Illersdorf 260,—, Dittmannau 100,—, Aue i. Erzgeb. 55,—, Radeburg 23,50, Aue i. Erzgeb. 1500,—, Aue a. d. E. 1400,—, Stolp i. P. 11,—, Raitzen 800,—, Dippach 800,—, Saara 2500,—, Chemnitz 2500,—, Müden 2000,—, Kist 1500,—, Belten i. d. Mark 1000,—, Sommerfeld 800,—, Muslau 600,—, Neuß 70,35, Kutzbach 34,60, Nürnberg 361,—, P.-Grund 220,—, Mügeln b. O. 12,—, Wietzsch 40,—, Effen 2000,—, Rolditz 1000,—, Gießen 37,28, Sulgau 290,—, Nienburg a. d. W. 11,—, Berlin 44 550,—, Strehberg 6792,82, Hilbesheim 3000,—, Jena 2000,—, Chemnitz 2000,—.

An Verbandsbeiträgen gingen ein:

- Konstanz 3,80, Weimar 7,95.

Schluss: Sonnabend, den 21. Juni, mittags 12 Uhr.

F. v. Bruns, Kassierer.

**Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen**

- erhielten die Zahlstellen:
- Altenburg (S. A.). 25 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder, 15 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder vom 1. Juli 1919 an.
  - Aue i. Erzgeb. 15 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder, 10 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder vom 1. Juli 1919 an.
  - Bremen. 30 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder, 15 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder vom 1. Juli 1919 an.
  - Meiningen. 10 Pf. pro Woche und Mitglied vom 1. Juli 1919 an.
  - Dippach. 10 Pf. pro Woche und Mitglied vom 1. Juli 1919 an.
  - Stralsund. 20 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder, 15 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder vom 5. Juli 1919 an.

**Neue Adressen und Adressenänderungen.**

- Angerburg (Gau 5). Erster Bevollmächtigter: Gustav Weidemann, Freiheitstraße 9. Zweiter Bevollmächtigter: Franz Fiedler, Neue Marktstraße 5.
- Altwaasser i. Schl. Erster Bevollmächtigter: Paul Hippe, Altwaasser-Sandberg, Waldenburger Straße 21. Zweiter Bevollmächtigter: Heinrich Henke, Altwaasser-Sandberg, Waldenburger Straße 25.
- Bleicherode (Gau 8). Karl Hartmann, Oberdorf (Bezirk Erfurt).
- Büren i. Westf. (Gau 1). Peter Meiers.
- Chemnitz. Johannes Schönherr und Hermann Eger. Bureau: Dresdener Straße 38, I.
- Cottbus-Centenber. Erster Bevollmächtigter: G. Röber, Lautenwerl (Nieder-Lausitz), Parade 18. Geschäftsführer: F. Perstan.
- Bureau: Cottbus, Gertraudenstraße 2, I.
- Eisenwalde. Erster Bevollmächtigter: Aug. Marschner, Seegermühlstraße 19. Zweiter Bevollmächtigter: Karl Bie-mann, Harenbergstraße 10.
- Faulbrunn i. Schl. (Gau 6). Wilh. Hampel, Faulbrunn (Kreis Meißenerberg i. Schl.).
- Gandersheim (Gau 1). Robert Hoffmann, St. Georgstr. 8, Hoyerwerda. Bruno Herrmann, Bröthen b. Hoyerwerda, und Johann Friedo, Bröthen b. Hoyerwerda.
- Hagen i. Westf. (Gau 5). Anton Glösa.
- Hofweim i. S. (Gau 7). Emil Görnic, Bahndammstraße 18, Stadtilm. Ost: Lousel, Untere Marktstraße 3.
- Stettin. Wilh. Ründer und Alb. Bülow. Bureau: Große Oberstraße 18/20, I.
- Waldsuhl. Erster Bevollmächtigter: Friedrich Geng, Mühl-gasse 2. Geschäftsführer: Theophil Straßer. Bureau: Gartenstraße 2, II.
- Waldsuhl i. Wartburg. (Gau 11). Ernst Fröhlich, Hohenlohe-straße 23.
- Zeitz. Frits Sonnemann, Ausbau Steuer.
- Ziegen. Erster Bevollmächtigter: Ernst Karin, Lauth-heide 262. Zweiter Bevollmächtigter: P. Kanitz, Amthor Str. 326.

**Zahlstelle Köthen i. Anhalt.**

Die Stelle des Geschäftsführers ist besetzt. Allen Bewerbern besten Dank! [2 Nr.]

**Die Zahlstelle Heilbronn a. N. und Umgegend**

muß zum baldigen Eintritt einen weiteren tüchtigen Agitationsleiter. [7.— Nr.]

Bewerber müssen zehnerische und organisatorische Fähigkeiten besitzen und in allen Verbandsangelegenheiten bewandert sein. Gehalt nach den Beschlüssen des Dresdener Verbandstages nebst den üblichen Zeugnispunkten. Dienstzeit werden angerechnet. Bewerbungen sind unter Angabe des Alters, der Familienverhältnisse und der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis zum 7. Juli an jeden am Heinrich Hartmann, Heilbronn, Hauptstraße 46.